

5/III/2022

Beschluss

Senior*innenwohnen für eine gerechte Zukunft

Senior*innenwohnen für eine gerechte Zukunft

Insbesondere Senior*innen stehen auf dem renditeorientierten Münchner Wohnungsmarkt vor besonderen Herausforderungen. Die Anforderungen an eine Wohnung verändern sich im Alter, viele Wohnungen im Bestand sind nicht seniorengerecht oder gar barrierefrei. Viele Senior*innen wollen nicht mehr alleine in einer größeren Wohnung leben, haben aber im Vergleich günstige Mietverhältnisse oder wohnen in Eigentum in ihrem angestammten Viertel und wollen dort nicht mehr weg.

Gleichzeitig sind Senior*innen nach dem Renteneintrittsalter nochmals anders betroffen als jüngere Münchner*innen. Die Altersarmut in unserer Stadt mit sehr hohen Lebenshaltungskosten nimmt auf besondere Weise zu, gerade in Bayern sind besonders Frauen im Alter angesichts der Auswirkungen einer CSU-Familienpolitik von Armut betroffen. Mit dem Eintritt in den Ruhestand sinken die Chancen drastisch die eigene ökonomische Lage nochmals zu verbessern. Viele Senior*innen arbeiten inzwischen in geringfügiger Beschäftigung um die Rente aufzubessern und Einkommensarmut zu überwinden – auch um die bisherigen Wohnverhältnisse finanzieren zu können.

Zudem besteht Handlungsbedarf angesichts der Auswirkungen des demographischen Wandels auf unsere Stadt. Sowohl die reine Anzahl als auch der Anteil an älteren Menschen an der Münchner Gesamtbevölkerung wird zunehmen. Deswegen muss sich eine verantwortungsvolle Wohnungspolitik gesondert mit der Situation der älter werdenden Bevölkerung und ihren Bedürfnissen auseinandersetzen. Darauf zu setzen, dass der renditeorientierte Wohnungsmarkt auf diese Entwicklungen eingeht, wird eine vergebene Hoffnung sein.

In München gibt es 14 Seniorenwohnanlagen. Gerade bezahlbarer Wohnraum für ältere Menschen muss erhalten, teilweise saniert und ausgebaut werden. Wir wollen aber auch innovative Wohnformen für Senior*innen stärken: Senior*innenwohnen mit Mehrgenerationenanteil, mehr senior*innengerechte Wohnungen im Bestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Förderung von senior*innengerechtem Wohnungsumbau bei Genossenschaften (Außenaufzüge, Barrierefreier Umbau) stärken. In jedem Stadtbezirk soll eine Mischung an seniorengerechten Wohnformen hergestellt werden, damit ältere Menschen möglichst in oder nahe an ihren jeweiligen Wohnvierteln umziehen können, falls sie das wollen. Dabei wollen wir innovative Konzepte wie „Wohnen für Hilfe“, z.B. des Seniorentreffs Neuhausen und des Studentenwerks, oder auch spezielle Angebote für Senioren-WG's fortführen und ausbauen. Gerade im Umfeld von ASZ, Tagescafés und ähnlichen Einrichtungen werden wir neue Wohnmöglichkeiten schaffen – oder in der Nähe von Senior*innenwohnanlagen entsprechende soziale Infrastruktur bereit stellen.

Antrag

(1) Die SPD Stadtratsfraktion wird aufgefordert sich für ein Sonderprogramm Seniorenwohnen einzusetzen. Mit diesem Programm sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und andere gemeinnützigen Akteur*innen die oben beschriebenen Aktivitäten finanzieren können. Senior*innen sind Teil der Gesellschaft, es ist auf eine gute Durchmischung aller Bevölkerungsgruppen im Quartier zu achten.

(2) Die SPD begrüßt dass von der SPD Fraktion initiierte Förderprogramm für den seniorengerechten Umbau von Bestandswohnungen und zur Schaffung von Begegnungsflächen. Der Umbau im Bestand ist aber oft mit hohen Kosten verbunden, die sich nicht alle leisten können oder er führt zu steigenden Mieten, die die Menschen im Alter oft schwer stemmen können. Das Programm soll hier eine Lösung bieten.

(3) Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für eine Reform des Kommunalen Wohnraumförderungsprogramms (KommWfP) des Freistaats einzusetzen. Dabei sollen die Mittel deutlich erhöht, spezifische Bedarfe für Städte mit angespannten Wohnungsmarkt festgestellt und entsprechend berücksichtigt sowie angesichts des demographischen Wandels gerade für die Förderung von Seniorenwohnen bereitgestellt werden.

Überweisen an

Stadtratsfraktion